

Im neuen Jahrhundert ist die weltweite wirtschaftliche Vernetzung eine zentrale Herausforderung für Politik und Gesellschaft

Die Macht der globalen Märkte

Ralf Spiller

Der Begriff der Globalisierung ist zu einem Schlagwort geworden, das in zahlreichen Kontexten Anwendung findet. Dabei halten die einen die Globalisierung für eine Bedrohung, während andere in ihr eine Chance zu mehr Wohlstand und Wachstum sehen. Das Bedeutungsspektrum dieses Wortes ist so weit, dass darunter zahlreiche Phänomene gefasst werden können. Sehr allgemein kann Globalisierung als die Zunahme der Intensität und der Reichweite grenzüberschreitender Interaktionsprozesse definiert werden. Zu diesen Prozessen gehört der Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften (Wirtschaft), Bedrohungen und Kriegen (Sicherheit), Umweltschäden und -risiken (Umwelt) sowie Zeichen (Kultur und Kommunikation). Globalisierung ist ein äußerst komplexer Prozess, der auf unterschiedlichen Ebenen mit unterschiedlicher Intensität und Geschwindigkeit stattfindet.

Die öffentliche Diskussion ist hauptsächlich von der Globalisierung auf dem Gebiet der Wirtschaft bestimmt, die sich im Wesentlichen durch drei Faktoren auszeichnet: *Erstens* durch eine drastische Erhöhung des weltweiten Handels zwischen den Industriestaaten, *zweitens* durch eine noch nie dagewesene globale Mobilität von Kapital und *drittens* durch eine Unternehmensphi-

losophie, bei der der Anstieg von Aktienkursen im Vordergrund steht.

Der Welthandel hat sich zwischen 1984 und 1996 verdoppelt, der grenzüberschreitende Handel stieg zwischen 1950 und 1993 dreimal so stark an wie die weltweite Warenproduktion. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Anteil der Weltproduktion, die über Landesgrenzen hinweg gehandelt wird, von sieben auf siebzehn Prozent. Der Anteil der ausgeführten Waren an allen produzierten Gütern der Volkswirtschaft, die so genannte Exportquote, ist in Deutschland zwischen 1980 und 1995 von 24 auf 36 Prozent gestiegen.

Noch stärker hat sich die Situation auf den Kapitalmärkten verändert. Die internationalen Kapitaltransfers haben sich in den letzten zehn Jahren verzehnfacht. Auf dem Devisenmarkt werden täglich rund 1500 Milliarden D-Mark umgesetzt – in zwei Tagen soviel wie das deutsche Bruttosozialprodukt. Das entspricht etwa dem 70-fachen des täglichen weltweiten Exports von Waren und Dienstleistungen. Daraus wird deutlich, dass sich Kapital- und Warenhandel weitgehend voneinander entkoppelt haben.

Den Trend zur Internationalisierung gibt es sowohl auf den Waren- als auch auf den Kapitalmärkten. Doch wirklich global ist bis-

her nur der Kapitalmarkt. Von jedem Ort der Welt können heute über den Computerhandel Aktien, Währungen und Schuldverschreibungen gekauft oder verkauft werden. Ein Mausklick genügt.

Transnationale Unternehmen

Ein weiteres wesentliches Kennzeichen der Globalisierung der Wirtschaft ist die Zunahme von Direktinvestitionen, also langfristigen Kapitalanlagen im Ausland. Diese wachsen von Jahr zu Jahr erheblich. 1995 etwa war ein Anstieg von vierzig Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Deutsche Unternehmen verdoppelten sogar nahezu ihre Direktinvestitionen. Diese Investitionsart hat damit den Handel als traditionellen Indikator wirtschaftlicher Verflechtung als wichtigste Integrationskraft für die Weltökonomie abgelöst.

Träger und Motor dieser Entwicklung sind die nach Schätzungen der UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) weltweit etwa 39 000 transnationalen Unternehmen (1970 nur 7000) mit ihren rund 270 000 Auslands-Tochtergesellschaften. Weltweit beschäftigen diese Unternehmen etwa siebzig Millionen Menschen.

Die Globalisierungsprozesse auf den Weltmärkten verlaufen hinsichtlich ihrer geographischen Verteilung sehr ungleich. Sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht lassen sich supranationale ökonomische Verdichtungsräume auf fast allen Kontinenten feststellen. Der ganz überwiegende Teil des weltweiten Wirtschaftsverkehrs findet in den Triadenregionen NAFTA (North American Free Trade Association), EFTA (European Free Trade Association) und ASEAN (Association of South East Asia Nations) statt. So konzentrieren sich zum Beispiel die Direktinvestitionen zu über

neunzig Prozent in diesen Wirtschaftszonen.

Der Prozess der Globalisierung hat zahlreiche Auswirkungen auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Für die Unternehmen hat durch eine weitgehende Liberalisierung der Märkte der Wettbewerbsdruck zugenommen. Besonders Aktiengesellschaften stehen unter ständiger Beobachtung und Kontrolle durch die Finanzmärkte, den Kraftzentren der Globalisierung. Große Investmentfondgesellschaften operieren an diesen Märkten mit gewaltigen Summen, die innerhalb weniger Sekunden abgezogen und umgeschichtet werden können, wenn die Erträge der Konzerne nicht den Erwartungen entsprechen.

Mobile Produktionsfaktoren

Gleichzeitig sind die Produktionsfaktoren in den letzten Jahren immer mobiler geworden. Dadurch wurde die Position transnationaler und multinationaler Unternehmen gestärkt. Es ist heute für sie wesentlich leichter, in andere Länder abzuwandern beziehungsweise diese Option gezielt und mit Nachdruck im politischen Prozess einzusetzen, als es noch vor einigen Jahren der Fall war.

Ein weiterer Aspekt der Globalisierung ist die Zunahme transnationaler Firmenfusionen. Zahlreiche Beispiele lassen sich in jüngster Zeit finden. So kaufte in der Automobilindustrie BMW die Firma Rover, den letzten selbstständigen britischen Automobilhersteller. Die schwedische Firma Volvo wurde von Renault übernommen, Daimler fusionierte mit Chrysler.

Im Bankengewerbe ist der gleiche Prozess zu beobachten. Die Bayerische Hypobank fusionierte mit der Bayerischen Vereinsbank. In der Schweiz entstand durch die

Die Macht der globalen Märkte

Verschmelzung der Schweizer Bankgesellschaft und des Schweizer Bankenvereins die United Bank of Switzerland, die bis dahin zweitgrößte Bank der Welt nach der japanischen Bank Tokio-Mitsubishi. Inzwischen hat die Deutsche Bank das amerikanische Geldhaus Bankers Trust übernommen und verdrängte damit die Bank Tokio-Mitsubishi von Platz eins der größten Banken. Und während die französischen Banken Paris-Bas und Crédit Lyonnais über eine Fusion verhandeln, meldet sich die BNP (Banque Nationale de Paris), um beide auf einmal zu schlucken. Schließlich verlegen Unternehmen durch den zunehmenden Wettbewerbsdruck ihren Firmensitz immer häufiger in Off-shore-Finanzplätze wie die Cayman-Inseln, die europäischen Kanal-Inseln Jersey und Guernsey oder in die Fürstentümer Liechtenstein und Luxemburg. An diesen Standorten werden Einlagen von Ausländern nicht oder nur sehr geringfügig besteuert. Gleichzeitig wird garantiert, die Identität der Kontoinhaber nicht preiszugeben, auch nicht bei Anfragen staatlicher Behörden. Die Verluste, die diese Kapitalflucht den staatlichen Kassen zufügt, sind immens. Nach Angaben des IWF werden insgesamt über 2000 Milliarden Dollar an Off-shore-Finanzplätzen verwaltet und sind somit dem Zugriff der Staaten entzogen, in denen das Geld erwirtschaftet wurde.

Neue Rahmenbedingungen

Die Politik sieht sich infolge der Globalisierung neuen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Diese werden langfristig Form und Inhalt bisheriger Politik verändern. So haben die Nationalstaaten im Zuge der politisch gewollten „Entgrenzung“ einen großen Teil ihrer hoheitlichen Steuerungsinstrumente aufgegeben, seien es Handels-

schränken, Beschäftigungsprogramme des herkömmlichen Typs, Verstaatlichung von Unternehmen oder andere Maßnahmen. Ihr Aufgabenspektrum hat sich somit verringert und damit auch ihre Rolle in einer globalisierten Welt verändert. Die entscheidende Aufgabe der Politik wird nun zunehmend darin gesehen, die nationale Wirtschaft zu entwickeln und die Bedingungen für weltweite Konkurrenzfähigkeit herzustellen. Dazu gehören zum Beispiel der Ausbau der Infrastruktur, Verbesserung des Bildungssystems und die Privatisierung von staatseigenen Unternehmen. Der Staat soll also weniger Aufgaben erfüllen und diese besser. Bisherige Sozialstaaten nehmen auf diese Weise immer mehr den Charakter von „nationalen Wettbewerbsstaaten“ an.

Verschwimmende Landesgrenzen

Während der Einfluss nationaler Regierungen und Parteien zurückgeht, weiten sich gleichzeitig das politische Engagement und die politischen Aktivitäten von kleineren Gruppen aus. Es entsteht eine „Subpolitik“, die aus dem Parlament in die Gesellschaft abgewandert ist und von Bürgerinitiativen betrieben wird. Viele dieser Gruppierungen wie Greenpeace oder Amnesty International sind weltweit aktiv. Sie greifen Themen auf, machen sie öffentlich und zwingen dadurch Politiker, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. So waren es Aktivistengruppen und nicht Politiker, die ökologische Themen auf die Tagesordnung setzten. Die Globalisierung bringt über nationale Grenzen hinweg auch neue wirtschaftliche und kulturelle Regionen hervor. So ist Barcelona ein Teil Kataloniens und zugleich Spaniens, gehört aber auch zu einem Wirtschaftsraum, der ins südliche Frankreich überlappt. Auch das Dreiländereck um

Aachen, Maastricht und Lüttich (Deutschland, Niederlande, Belgien) stellt eine grenzüberschreitende Wirtschaftsregion dar. Besonders im Kontext der Europäischen Union verschwimmen die Landesgrenzen zunehmend und gewinnen länderübergreifende Wirtschaftsregionen an Gewicht.

Parallel zu einer engeren Vernetzung der Wirtschaft hat sich weltweit ein starker Wettbewerb der Steuersysteme entwickelt. Da die einzelnen Länder um die Investitionen der Konzerne international konkurrieren, bleibt ihnen letzten Endes nur eine Angleichung auf niedrigem Niveau. Der Abwärtstrend begann im Jahr 1986, als die US-Regierung die Ertragssteuer für Kapitalgesellschaften von 46 auf 34 Prozent senkte und damit einen neuen weltweiten Standard setzte. Mit den Jahren mussten die meisten anderen Industrieländer dieser Vorgabe folgen.

Die Reduzierung der Staatsfinanzen durch eine entgrenzte Wirtschaft geschieht nicht nur durch geringere Einnahmen. Die multi- und transnationalen Unternehmen lenken gleichzeitig auch einen wachsenden Anteil der staatlichen Ausgaben in ihre Kassen. Denn der Wettlauf um die niedrigsten Abgaben wird begleitet vom Wettstreit um die großzügigsten Subventionen. Dabei gehört die kostenlose Bereitstellung von Grundstücken, einschließlich aller benötigten Straßen-, Schienen-, Strom- und Wasseranschlüsse schon zum weltweiten Mindeststandard.

Strukturelle Finanzkrisen

Viele Staaten geraten infolge dieser Tendenzen in eine strukturelle Finanzkrise. Weil die Arbeitseinkommen im Wettbewerb tendenziell sinken und so neben den verringerten

Gewerbe- und Unternehmenssteuern auch die Einkommens- und privaten Verbrauchssteuern sinken, kommen zahlreiche Staaten in finanzielle Schwierigkeiten. Die staatlichen Haushalte unterliegen auf diese Weise einem Abwärtssog wie die Einkommen eines Teils der Bevölkerung.

Zugleich nehmen in den hochorganisierten Industriegesellschaften die Anforderungen an den Staat eher zu als ab. Neue Technologien machen die Unterhaltung der Infrastruktur immer teurer, Umweltschäden verlangen immer größere Reparaturmaßnahmen, das wachsende Lebensalter der Bevölkerung erfordert mehr Aufwand für medizinische Leistungen und Renten. In der Folge bleibt den verantwortlichen Politikern oftmals keine andere Wahl, als das Angebot staatlicher Leistungen überall da zu kürzen, wo keine mächtigen Interessengruppen dies verhindern, also häufig im Sozialsystem. Dies bedeutet Einschnitte bei kulturellen Einrichtungen und öffentlichen Dienstleistungen – von den Schwimmbädern über die Schulen bis zu den Universitäten.

Organisierte Kriminalität

Ebenso wie Banken und große Konzerne profitieren auch kriminelle Organisationen besonders von der Liberalisierung der Märkte. Quer durch alle Industrieländer berichten Polizei- und Justizbehörden vom sprunghaften Wachstum der organisierten Kriminalität. Nach Schätzungen einer Expertengruppe, die 1989 von den sieben größten Wirtschaftsnationen eingesetzt wurde, haben sich bis 1990 binnen zwei Jahrzehnten die Umsätze auf dem Weltmarkt für Heroin verzwanzigfacht, der Kokainhandel legte um das Fünzigfache zu.

Eines der größten Probleme der Fahnder liegt darin, dass es unmöglich geworden ist, das Vermögen der kriminellen Konzerne zu beschlagnahmen. Egal, wie effizient Polizei und Justiz arbeiten, die gesammelten Gewinne bleiben im anonymen Raum des globalen Finanzmarktes unantastbar. Das von den international operierenden Banken und Versicherungen verteidigte Bankgeheimnis der Kapitalfluchtzonen schützt nicht nur Steuerhinterzieher, sondern auch weltweit operierende kriminelle Organisationen. Die organisierte Kriminalität gilt unter Experten schon heute als der weltweit am schnellsten expandierende Wirtschaftszweig, der jährlich Gewinne von rund 500 Milliarden Dollar einstreicht.

Ein weiterer entscheidender Aspekt ist, dass das nationale Kartellrecht im Prozess der Globalisierung seine Wirkung verliert. Auf global organisierten Märkten wie Auto und Luftfahrt oder dem Handel mit Film- und Übertragungsrechten wird es de facto außer Kraft gesetzt. Nationale Kartellbehörden können gegen Absprachen international operierender Konzerne kaum noch etwas ausrichten. Daher liegen inzwischen viele kartellrechtliche Zuständigkeiten bei der EU-Wettbewerbskommission in Brüssel, etwa die Genehmigung von Großfusionen von Firmen mit mehr als 9,5 Milliarden D-Mark gemeinsamem Umsatz. Doch ob diese Kontrolle ausreicht, ist zweifelhaft. Für ein Weltkartellrecht gibt es verschiedene Entwürfe, doch durchsetzen konnte sich bisher keiner.

„jobless growth“

Die Globalisierung der Wirtschaft hat ebenfalls starke Auswirkungen auf die Gesellschaft. Eines der größten Probleme ist, dass in den letzten Jahren durch neue Technolo-

gien die Produktivität schneller gewachsen ist als die Wirtschaftsleistung insgesamt. Die Konsequenz ist das so genannte *jobless growth*, Wachstum, das keine zusätzlichen Arbeitsplätze hervorbringt. Es gibt also einen immer größeren Output an Waren und Dienstleistungen bei immer weniger Einsatz von Arbeit. Arbeitslosigkeit entsteht daher paradoxerweise unter anderem auch aus den Gründen, aus denen sich eine Volkswirtschaft erfolgreich im internationalen Wettbewerb behauptet.

Die Globalisierung trägt zudem zu einer Segmentierung der nationalen Arbeitsmärkte bei. Auf der einen Seite entsteht eine an Bedeutung gewinnende international mobile Elite von Kopfarbeitern, auf der anderen Seite wächst die Gruppe der national immobilen Unterbeschäftigten und Arbeitslosen, deren Situation durch die Zuwanderung von weniger qualifizierten Personen zusätzlich verschärft wird. Dies wird in Deutschland insbesondere im Bausektor deutlich.

Verlierer des Wandels

Die Globalisierung kann auch eine Bedrohung für die demokratische Stabilität werden. Da es auch eine zunehmende Zahl von Verlierern in einer sich immer schneller wandelnden Welt gibt, suchen verunsicherte Menschen ihr politisches Heil immer häufiger in Abgrenzung und Abspaltung. Sie fühlen sich durch die Ansprüche überfordert, die die neue vernetzte Welt an sie stellt. Hinzu kommt die Angst vor Verarmung auf Grund des globalen Wettbewerbs. Das horrende Tempo der Veränderung wird zum „Trauma für einen Großteil der Bevölkerung“, bemerkt der amerikanische Ökonom Edward Luttwak. Die Unterhaltungs- und Computerelektronik überfordert das Verständnis vieler Men-

schen. Millionen Arbeitnehmer müssen sich in ihrem Berufsleben mehrmals grundlegend neu orientieren. Wer vorankommen will, muss „Mobilität“ beweisen, häufig den Wohnort wechseln und Fremdsprachen beherrschen. Bei diesem Entwicklungstempo bleiben zwangsläufig immer mehr Menschen zurück, die nicht bereit oder fähig sind, ihr Weltbild fortwährend zu verändern und ein Leben lang Höchstleistungen zu erbringen.

In vielen Gebieten droht daher der Rückfall in einen gewalttätigen Nationalismus oder regionalen Chauvinismus. Die verunsicherten Bürger suchen ihr Heil in Fremdenhass, Separatismus und der Abschottung vom Weltmarkt. Die Ausgegrenzten antworten also ihrerseits mit Ausgrenzung.

Wenn immer größere soziale Spannungen auftreten, besteht die Gefahr, dass sich die Staaten mehr und mehr gezwungen sehen, nationale Notlösungen zu finden. Eine ökonomische Spaltung in Sieger und Verlierer der Globalisierung bereitet somit auch den Nährboden jener Populisten wie Haider, Le Pen und andere, die ihren Wählern versprechen, die Politik ließe sich wieder renationalisieren.

Internationale Kooperation

Bisher war und ist es Aufgabe jedes einzelnen Staates, Lösungen für diese Probleme zu finden. Der Staat greift daher zum Beispiel in das Marktsystem regulierend ein, wenn bestimmte Grundvoraussetzungen für sinnvollen Wettbewerb nicht mehr gegeben sind. So müssen Kartellbehörden Preisabsprachen verhindern, die zu Monopolbildung führen und damit das Konkurrenzprinzip außer Kraft setzen würden. Auch muss der Wettbewerb durch einen Ordnungsrahmen begrenzt werden, falls er so-

zial und ökologisch unerwünschte Folgen hat.

Doch in einer globalisierten Weltwirtschaft kann ein einzelner Staat diese Aufgaben allein nur noch unzureichend erledigen. Eine Lösung des Problems läge daher in internationaler Kooperation. Diese kann sinnvollerweise auf zwei Arten geschehen: durch weltweite Kooperation oder durch regionale Kooperation. Beide Ansätze, *Global Governance*, und eine „EU-Strategie“, als eine Form der regionalen Kooperation, weisen bestimmte Stärken und Schwächen auf.

Global Governance unterscheidet sich vom internationalen Recht und den internationalen Regimen als die Summe von Normen, Werten, Regeln und Institutionen innerhalb eines spezifischen internationalen Kontextes dadurch, dass die Institutionen, Bewegungen und Organisationen der zivilen Gesellschaften ebenfalls auf der internationalen Bühne erscheinen. Die Einbindung der Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) in den globalen Politikprozess ist das zentrale Projekt der *Global Governance*. Transnational operierende Konzerne gehören ebenso zu dem Kreis der Eingebundenen wie die Agenten der globalen Finanzmärkte oder die Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, von Gewerkschaften bis zu Umweltschutzbewegungen. Sie alle sollen sich einbringen, um den Erfolg von Projekten, zum Beispiel in der Entwicklungsplanung oder beim Umweltschutz, zu sichern. *Global Governance* bedeutet daher nicht Weltregierung, auch nicht Weltmarkt, sondern ein Netzwerk, das durch Marktbeziehungen, politische Aktionen von Nationalstaaten und internationalen Institutionen sowie durch zivilgesellschaftliche Einmischungen zur Lösung von Weltproblemen geknüpft wird.

Die Ansatzebenen für die Umsetzung der *Global-Governance*-Struktur sind je nach Problemfeld unterschiedlich. So nützen im Bereich der Ökologie globale Umweltregime wenig, wenn sie nicht auf der lokalen Ebene implementiert werden. In Bereichen wie der Finanzpolitik ist wiederum die lokale oder selbst die nationale Ebene kaum wirkungsvoll, hier müsste die globale Ebene zum Ansatzpunkt genommen werden.

Europäische Strategie

Die zweite Möglichkeit läge darin, eine Strategie im Rahmen der Europäischen Union zu entwickeln. Gestützt auf einen Markt mit mehr als 400 Millionen Verbrauchern, hätte ein politisch geeintes Europa nicht weniger Gewicht als die Vereinigten Staaten von Amerika. Auf der Ebene der EU könnten daher verschiedene Maßnahmen ergriffen werden, um die oben beschriebenen negativen Folgen der Globalisierung auf die bestehenden Sozialstaaten einzudämmen.

Ein geeintes Europa könnte im globalen Kapitalismus neue Regeln des sozialen Ausgleichs und der ökologischen Umgestaltung durchsetzen. Dafür müsste die Europäische Union reformiert und handlungsfähiger werden. Dies geht einher mit einer Demokratisierung ihrer wichtigsten Institutionen.

Global Governance ist ein theoretisches Konzept, das seine Tragfähigkeit in der Praxis erst noch beweisen muss. In der jetzigen Gestalt meint es einen idealen Endzustand, zeigt jedoch nur begrenzt auf, wie die Wege dahin aussehen.

So ist das Problem der Vernetzung der verschiedenen Ebenen und Mächte im Ansatz der *Global Governance* noch nicht gelöst.

Zu Recht wird gefragt, wie sich überhaupt ein globaler öffentlicher Raum herausbilden kann, in dem formelle und informelle Beziehungsgeflechte so dicht werden, dass berechtigt von einem Netzwerk gesprochen werden kann.

Ein weiteres ungelöstes Problem ist, wie die einzelnen Mächte und Gruppen in dem Netzwerk der *Global Governance* kontrolliert und legitimiert werden können. Zudem ist zu beachten, dass die im Prozess der *governance* zu regulierenden Probleme mit mächtigen politischen und ökonomischen Interessengruppen zu tun haben, die sich voraussichtlich nur so lange in ein solches Netzwerk einfügen, wie sie davon profitieren. Das große Problem der *Global Governance* liegt daher in der konkreten Umsetzbarkeit dieses Konzepts. Denn wie soll bei heterogener Interessenstruktur in einem System sich überlappender und durchdringender, geteilter Souveränitäten eine freiwillige Selbstkoordination und Kontrolle funktionieren?

Es ist insgesamt betrachtet also recht unrealistisch, dass die konfligierenden Handlungslogiken von Ökonomie, Gesellschaft und Politik in einem Netzwerk der *governance* kongruent werden, zumal die Kollisionen zwischen den Akteuren auf völlig unterschiedlichen Ebenen stattfinden.

Vorhandene Strukturen nutzen

Die Umsetzung von Maßnahmen auf EU-Ebene erscheint dagegen wesentlich realistischer als der *Global-Governance*-Ansatz. Die Europäische Union bietet bereits eine funktionsfähige Struktur an, innerhalb derer es zu einem Konsens über die einzuleitenden Maßnahmen kommen kann. Auch ist der europäische Wirtschaftsraum

so stark binnenorientiert, dass er bestimmte umwelt- und sozialpolitische Niveauunterschiede zum Rest der Weltökonomie verkraften könnte. Auf Grund der verschiedenen nationalen Interessen in der EU wird es äußerst schwierig sein, einen Konsens über einzelne Maßnahmen zu finden. Will man jedoch bestimmte negative Folgen der Globalisierung bekämpfen und eine Sozialstaatsstruktur in Europa erhalten, wird man darum nicht herumkommen.

Die Globalisierung der Märkte fördert die weltweite Wirtschaftsleistung. Ökonomisch betrachtet, ist die Weltmarktintegration hocheffizient und bietet viele Chancen. Aber bei der Verteilung des so erzeugten Reichtums kommt es zu Verzerrungen innerhalb der Gesellschaften. Bleibt das gesellschaftliche Ziel ein Sozialstaat, wie in Deutschland in den Artikeln 20 und 28 des Grundgesetzes vorgesehen, so muss die Politik Maßnahmen gegen die negativen Auswirkungen der Liberalisierung der Märkte ergreifen.

Bei der wachsenden internationalen Verflechtung der Ökonomien handelt es sich bisher um eine „Kontinentalisierung“, für Deutschland damit um eine „Europäisie-

rung“. Nach Angaben der World Trade Organisation beträgt der Anteil des Handels innerhalb der EU am gesamten Außenhandel ihrer Mitglieder 68,1 Prozent. Die Außenverflechtung der EU ist relativ gering. Der Anteil der europäischen Exporte am europäischen Bruttosozialprodukt beträgt lediglich 12,8 Prozent und ist damit nur unwesentlich höher als der Außenhandelsanteil der USA. Damit wird deutlich, dass die EU nicht nur im politischen Sinne einen Binnenmarkt hat – auch das wirtschaftliche Geschehen findet weitestgehend auf dem europäischen Binnenmarkt statt. Das Argument der Europäisierung lässt sich auch auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen. Im deutschen Außenhandel kamen 1996 rund 64 Prozent aller Importe aus anderen EU- oder EFTA-Ländern. Der Rest verteilt sich auf Asien mit etwa fünfzehn Prozent, Amerika mit zehn Prozent und die „Mittel- und Osteuropäischen Reformländer“ mit acht Prozent.

Ein politisch geeintes Europa scheint daher mit Hilfe der richtigen Maßnahmen in der Lage zu sein, die historischen Errungenschaften des Sozialstaates zu erhalten und gleichzeitig im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Entsetzlich aufdringlich

„Die entsetzlich aufdringliche und einfältige Propaganda der DDR-Medien wurde nach der Wende von der entsetzlich aufdringlichen und einfältigen Werbung der gesamtdeutschen Medien abgelöst, die allerdings nicht parteilich, sondern produktbezogen und witziger agitiert.“

(Henryk Bereska, Ausgewählte Werke, Aphorismen 1999)